

Initiative fordert „Eine Schule für alle“ - Ministerin winkt ab

Bündnis droht Klage gegen Schulsystem an

WR-Nachrichtendienste

Düsseldorf. Das Bündnis „Eine Schule für alle“ hat eine radikale Schulreform in Nordrhein-Westfalen gefordert. „Bildungserfolge hängen bisher von der sozialen Herkunft ab“, sagte Bündnissprecherin Uta Kumar gestern in Düsseldorf. Deshalb müsse die Aufteilung von Schülern im bisherigen gegliederten Schulsystem aufhören. Notwendig sei eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen von der ersten bis zur 10. Klasse.

Das 2007 gegründete Bündnis wird von rund 50 Organisationen unterstützt, unter anderem vom Sozialverband Deutschland NRW, dem Kinderschutzbund, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie von mehreren Elternverbänden.

Einer „Schule für alle“ sollten „behinderte und nichtbehinderte, benachteiligte und privilegierte Schüler“ angehören, sagte der Landesvorsitzende des Deutschen Kinder-

schutzbundes, Dieter Greese. „Im Interesse unserer Kinder“, so Greese weiter, „können wir uns die Lebenslüge des angeblich begabungsgerechten Schulsystems nicht mehr länger leisten, schon gar nicht hier in Nordrhein-Westfalen“.

Nach Ansicht der Bündnispartner ist die weitreichende Schulreform zur Umsetzung der neuen UN-Behindertenrechtskonvention notwendig. Auch auf juristischem Weg solle deshalb eine Veränderung des NRW-Schulgesetzes eingeklagt werden. Die Bundesrepublik habe sich mit der Unterzeichnung der seit 2008 gültigen UN-Konvention zur Schaffung eines „inklusionen Bildungssystems“ verpflichtet. Behinderte Kinder dürften nicht ausgegrenzt werden.

Bündnissprecherin Kumar sagte, es sei „wissenschaftlicher Humbug“, wenn Kinder strikt in Schülertypen wie Haupt- oder Realschüler klas-

sifiziert werden. Alle Nachbarländer mit Ausnahme von Österreich und der Schweiz hätten ihre Schulsysteme bereits umgestellt. Überdies zeigten Integrationsschulen seit mehr als 20 Jahren, „dass Kinder besser lernen, wenn sie in Gruppen von ganz unterschiedlichen Kindern zusammen sind und ihr Bildungsweg möglichst lange offen gehalten wird“.

Die Landesregierung lehnt den Plan ab. „Unsere Überzeugung ist, dass mehr Integration in allgemeinen Schulen möglich ist“, sagte Schulministerin Barbara Sommer (CDU) in einer Reaktion auf die Forderung des Bündnisses. Deutschland habe „allerdings eine Tradition darin, Menschen mit Behinderungen eine gesellschaftliche Teilhabe und Zugang zu Bildung durch personalintensive Förderung in Förderschulen zu ermöglichen“.

Die Opposition im Landtag begrüßte den Vorstoß der Initiative. „Förderschüler brau-

chen von Anfang an eine echte Bildungschance durch individuelle Förderung in der Gemeinschaft“, sagte die SPD-Bildungsexpertin Ute Schäfer. Die Umsetzung der UN-Konvention dürfe nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Umsetzung von UN-Konvention Landesregierung lehnt Plan ab

INFO

Millionen für Kollegs

- Die Landesregierung NRW will die Ausstattung der Berufskollegs verbessern. Dies teilten Schul- und Wirtschaftsministerium gestern mit.
- Gefördert werden vor allem moderne Maschinen- und Fachräume.
- Die Mittel sollen in die Fördergebiete der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ fließen (GA).